Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 72 (1981)

Heft: 12

Rubrik: Pressespiegel = Reflets de presse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

stärktem Kunststoff. Die 12blättrigen Rotoren nach amerikanischem Vorbild haben, um Gewicht zu sparen, Polyurethan-Schaum (auf einem leichten Rohr-Tragwerk) als Blattwerkstoff, dessen mechanische Festigkeit bei den niedrigen Drehzahlen ausreicht.

Die meisten der Kleinanlagen kommen aus Skandinavien. Ihre Preise reichen je nach Leistung von rund Fr. 2000.– bis über 60000.– einschliesslich Mast und Montage. Gleichrichter, Akkus und Tauchsieder schlagen nochmals mit je einigen Tausendern zu Buche. Die Hersteller hoffen, bei grösseren Serien die Preise halbieren zu können, und erwarten, dass im Jahr 1990 z. B. in Deutschland einige zehntausend kleine Windkraftwerke laufen, vornehmlich auf Bauernhöfen und bei Einfamilienhäusern auf dem Lande. Eine 22-kW-Anlage (zu derzeit rund Fr. 50000.–) vermag im Winter ein grösseres Einfamilienhaus voll zu beheizen und im Sommer einige zehntausend Kilowattstunden ins öffentliche Netz einzuspeisen (dies gemäss Angaben der Hersteller, nicht der Betreiber; die Red.).

Rudolf Weber

Pressespiegel – Reflets de presse

Diese Rubrik umfasst Veröffentlichungen (teilweise auszugsweise) in Tageszeitungen und Zeitschriften über energiewirtschaftliche und energiepolitische Themen. Sie decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion.

Cette rubrique résume (en partie sous forme d'extraits) des articles parus dans les quotidiens et périodiques sur des sujets touchant à l'économie ou à la politique énergétiques sans pour autant refléter toujours l'opinion de la rédaction.

Umweltverschmutzende Umweltschützer?

Der jüngst bekannt gewordene Bericht der Eidg. Energiekommission (EEK-Bericht) lässt erkennen, dass eine erhebliche Kommissionsmehrheit bis 1990 ein neues Kernkraftwerk für unerlässlich hält. Die in der Minderheit vertretenen Umweltschutz-Organisationen prognostizieren demgegenüber für 1990 Stromproduktionsüberschüsse, die vor allem durch einen forcierten Ausbau von mit Dieselöl oder Erdgas betriebene Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen von je etwa 100 kW erzielt werden sollen. 3000 derartige Anlagen sollen bis 1990 in Betrieb sein.

Ein höchst merkwürdiger Vorschlag, den ein echter Umweltschützer doch wohl gar nicht in den Mund nehmen dürfte. Auf je 100 Liter Öl, die in einer solchen Anlage für die Wärmeproduktion verbrannt werden, verbraucht diese Maschine rund weitere 75 Liter zur Stromgewinnung. Das Ölproblem soll also durch eine Flucht ins Öl gelöst werden! Konkret: Mit dieser Variante würde die Stromproduktion auf die Basis von Erdöl verlagert. Weil Erdöl knapp wird, müssen wir uns nach neuen Energien umsehen. Und diese neue Energieform ist nach dem verblüffenden Rezept der Umweltschützer ausgerechnet wieder Erdöl.

Noch etwas: Dezentrale, kleine Stromerzeugungsanlagen auf Erdölbasis gelten als Anlagen, die die grösste Umweltverschmutzung erzeugen. Unter dem Siegel des Umweltschutzes haben die Umweltschützer mit ihrer Gegnerschaft gegen Atomkraftwerke nicht nur bei uns, sondern weltweit erreicht, dass heute wesentlich mehr Öl verbrannt wird, als unbedingt verbrannt werden müsste. *F. Rentsch*

Leserbrief aus «Der Bund», Bern, 9. April 1981

WWF und Stromproduktion

Mich wundert es, was eigentlich der WWF (World Wildlife Fund) Schweiz mit der Stromproduktion zu tun hat. Im Radio wurde eine Stellungnahme des WWF Schweiz verlesen des Inhalts: Die Stromproduktion des Kernkraftwerks Gösgen 1980 habe ungefähr dem Nettostromexport der Schweiz in diesem Jahr entsprochen. Dies beweise, dass Gösgen nur für den Export arbeite und deshalb nicht nötig sei.

Nur sollte man eben alles wissen und nicht nur halbe Wahrheiten verbreiten: Unser Land hat im Sommer saldomässig immer billigen Strom ausgeführt und im Winter teuren Strom importieren müssen. Auch letztes Jahr war das so: trotz Vollastbetrieb von Gösgen ergab sich im Dezember 1980 ein Importüberschuss von 36 Millionen kWh. Diese Angabe ist nicht aus der Luft gegriffen, sondern vom Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement durch die Presse der Öffentlichkeit, auch dem WWF, zur Kenntnis gebracht worden. *W. Brönnimann, Bern*

Leserbrief aus «Der Bund», Bern, 9. April 1981

Flucht nach vorne

In einer spektakulären Aktion haben die drei grossen Basler Chemiefirmen das Energie-Gesetz des Handelns an sich genommen: Mit einer 5prozentigen Beteiligung an der Atel sichern sie sich langfristige Strombezugsrechte für allfällig «dünne» Zeiten. Dass dieses Vorgehen im Raum Basel keine Belanglosigkeit ist, dürfte klar sein.

Unbestreitbar gibt es bei der Stromversorgung der Region Probleme: Der Wegfall des Kraftwerks Augst wird einen Produktionsausfall von 10% des gegenwärtigen baselstädtischen Verbrauchs nach sich ziehen, und die ARA wird den Stadtverbrauch mit einem Schlag um rund 5% ansteigen lassen. Das sind unumstössliche Fakten. Im Sinne des «gouverner c'est prévoir» hat sich die stromintensive Chemie in eigener Regie um die langfristige Sicherstellung von Strombezügen bemüht; gleichzeitig werden die Industriellen Werke später von einem Grossabnehmer entlastet; die allgemeine Strom-Situation Basels bessert sich. All dies scheint logisch zwingend, man kann der Chemie nicht verargen, dass sie die Flucht nach vorne antritt.

Doch Energiefragen stehen vor allem in Basel nicht im luftleeren Raum. Die recht dramatisch wirkende Lagebeurteilung der Chemie erfolgt just in einem Augenblick, da es in der Region um die «Wurst» geht, um den Entscheid zu Kaiseraugst. Es wäre zu billig, hier einen Kausalzusammenhang sehen zu wollen; nur sollten sich die Verantwortlichen nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieses Vorgehen eben doch von weiten Kreisen so interpretiert werden muss.

Dazu kommt ein weiteres, wichtigeres Element: Der offiziellen Energiepolitik des Kantons Basel-Stadt wird nicht nur ein schlechtes Zeugnis ausgestellt, sondern es wird ihr mindestens teilweise der Boden entzogen. Denn mögliche Sparmassnahmen im Sinne der Infras-Studie sind in den Beurteilungen der Chemie nicht einbezogen, ganz einfach weil man sie für unrealistisch hält. Mit anderen Worten: Man äussert höfliche, aber deutliche Zweifel an der Durchsetzungskraft der Behörden, welche den von Infras aufgezeigten Weg als richtig anerkannt haben. Ebenso ist der Chemie-Alleingang dem als Alternative zu Kaiseraugst angebotenen Kohlekraftwerk nicht förderlich, und nicht zuletzt ist er auch kaum dazu geeignet, den Willen zur Förderung der Alternativenergien zu stärken.

Der an sich mutige, aber nicht unproblematische Schritt der Chemie schafft ein Fait accompli, das nicht ohne Wirkungen bleiben wird. *Martin Matter*

«Basler Zeitung», Basel, 15. Mai 1981

Sprit vom Netz

Auch im Autoverkehr sollten sämtliche Möglichkeiten zur Mineralöleinsparung und -substitution wahrgenommen werden, empfiehlt die Bundesregierung in einem vor kurzem vorgelegten Bericht über die Förderung des Einsatzes von Elektrofahrzeugen. Mit der Verwendung stromgetriebener Autos lasse sich zum einen die Umweltbelastung durch Abgase und Lärm verringern, zum anderen seien Versorgungsinfrastruktur und notwendige Stromerzeugungskapazität prinzipiell bereits vorhanden.

Demgegenüber erfordere die grosstechnische Herstellung und Verteilung von Methanol, Synthesebenzin oder Wasserstoff nahezu unüberschaubare Investitionen. Die Testergebnisse der letzten Jahre haben laut Bericht überdies ergeben, dass Elektrofahrzeuge «technisch realisierbar, betreibbar und im öffentlichen Strassenverkehr im Nahbereich einsetzbar» sind. Nach heutigem Kenntnisstand bleibt auch der herkömmliche Bleisäure-Akku für die nächsten zehn Jahre wohl am besten geeignet; allerdings seien technologische Weiter- und Neuentwicklungen notwendig. Als mittlere Tagesreichweite kann man gegenwärtig von 60–100 km ausgehen. Somit be-

schränkt sich der Einsatz von Elektroautos zwangsläufig auf den Nahverkehr.

Im Nutzfahrzeug-Bereich (einschl. Omnibusse) liegt nach Ansicht der Bundesregierung das Anwendungspotential bei etwa 90000 – rund 3 % des Gesamtbestandes an Nutzfahrzeugen. Einsatzchancen bestehen neben Werkverkehr, Kaufhauszustelldienst u. ä. insbesondere auf dem Sektor staatlicher und kommunaler Dienstleistung. Als wichtigen potentiellen Betreiber nennt der Bericht ausserdem die Bundespost.

Im privaten Sektor dürften sich Elektroautos insbesondere als Zweitwagen anbieten. Hier rechnet man mit einem Potential von rund 1 Mio. Kostenübersichten im Bericht der Bundesregierung belegen, wie abhängig ein marktgerechter Preis für Stromautos von der Fertigungszahl ist – selbst bei 50000 Elektro-Transportern läge der Preis noch fast doppelt so hoch wie bei benzin- oder dieselbetriebenen Wagen. Steigende Treibstoffpreise auf der einen sowie weitaus geringere Betriebs- und Wartungskosten auf der anderen Seite werden strombetriebene Fahrzeuge allerdings zunehmend attraktiver machen. *-ill-*

«ZfK Zeitung für kommunale Wirtschaft», München, 8. Mai 1981

Kernkraftwerke – notwendig und tragbar

Die *Eidgenössische Energiekommission* hat *unlängst* ihren *Bericht erstattet,* der nach Ansicht vieler Parlamentarier dem Bundesrat erlauben sollte, Stellung zum umstrittenen Kernkraftwerkproblem zu beziehen.

Hans-Peter von Schulthess, Präsident des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke, meinte bei einer Diskussion am Bildschirm, dass der Bundesrat demnächst seine Botschaft für einen Verfassungsartikel veröffentlichen werde, worin wahrscheinlich auch Grundlegendes über die Energiepolitik stehe. Diese Botschaft werde dann im Parlament diskutiert, und erst dann werde der Entscheid über Kaiseraugst fallen. Ein kleiner Hinweis: In der Stadt Zürich gibt es praktisch keine elektrische Raumheizung ganzer Gebäude, und trotzdem beträgt der Zuwachs an Stromverbrauch im Schnitt pro Jahr drei bis vier Prozent. Trotz der immer mehr um sich greifenden Sparmassnahmen, insbesondere der Industrie und des Publikums, im Ölverbrauch besteht in den kommenden Jahren ein stetig steigender Bedarf an Elektrizität sowohl in der Schweiz wie in den umliegenden Ländern.

Nach Gesetz sind die *Energieversorgungsunternehmen gehalten, eine ausreichende, sichere und preiswerte Energieversorgung zu gewährleisten.* Die energiewirtschaftlich allseits unbestrittene Aufgabenstellung ist es, den Ersatz von knappem und immer teurer werdendem Mineralöl nach Kräften zu unterstützen und damit einen Beitrag für die Sicherung der künftigen Energieversorgung zu leisten. Allfällig zu bauende und zu erneuernde Wasserkraftwerke sind leider nicht in der Lage, unseren vorauszusehenden Mehrbedarf auch nur bis zum Jahre 2000 zu decken, so dass unsere verschiedenen Umweltschutz-Organisationen schlicht und einfach einsehen müssen, dass ihre Proteste sinnlos sind; hat doch schon das bis heute erfolgte Hinauszögern des Baues von weiteren Kernkraftwerken Kosten verursacht, die tatsächlich nicht mehr tragbar sind und nur zu weiteren massiven Stromverteuerungen führen.

Wer sich unter den gegebenen Umständen gegen einen *behutsamen und reiflich durchdachten Ausbau der Kernenergie* stemmt, bedroht unsere Energieversorgung ernstlich, denn nach Aussagen von Fachleuten aus der ganzen Welt ist bereits die nächste Generation gefährdet. Bei der kürzlichen Weltenergiekonferenz in München hat es sich gezeigt, dass die immer wieder gehörte Behauptung ist, die Kernenergie könne zur Ölsubstitution nur wenig beitragen. Im Gegenteil, nur durch sie erst wird die Kohle verfügbar, die eine entlastende Substitution des Öls überhaupt ermöglicht. Die Kernenergie muss in etwa einer Generation so ausgebaut sein, dass sie mehr als einen Drittel des Primärenergiebedarfes zu decken in der Lage ist.

Die *Energieversorgung* ist eine *langfristige und kapitalaufwendige Sache,* denn von der ersten Antragstellung bis zur Stromabgabe bei konventionellen Kraftwerken benötigt man gegenwärtig bis zu sieben Jahre, bei Kernkraftwerken bis zu 10 Jahre.

Man sollte sich heute im klaren sein: *Ohne Kernenergie bricht die Energieversorgung der Menschheit bereits in der nächsten Generation zusammen.* Wir müssen daher jetzt das Problem der künftigen Energieversorgung ohne weitere Verzögerung in den Griff bekommen.

Leibstadt ist das aktuellste Beispiel. Wie dessen Direktor Dr. Hugo Schumacher an einem Pressegespräch mitteilte, haben sich die Kosten von ursprünglich 2 Milliarden auf rund 4 Milliarden verdoppelt! Noch, scheint es, haben wir die Möglichkeit, die künftigen Generationen in allen Ländern ausreichend mit Energie zu versorgen, und zwar in Formen, die nach heutigen Maßstäben für die Umwelt annehmbar sind – und dazu gehört vorrangig die Kernenergie. Versäumen wir es also, jetzt zu handeln, so wird uns voraussichtlich diese Möglichkeit verlorengehen.

Jedermann weiss heute, wie teuer das Öl geworden ist, und wir müssen davon ausgehen, dass wir *für diesen weltweit wichtigsten Energieträger in Zukunft noch weit mehr als bisher werden bezahlen müssen.* Davon werden insbesondere die Länder der dritten Welt am härtesten betroffen, die nicht über die nötigen Devisenreserven verfügen. Ölverteuerung und Ölverknappung dürften bedrohlich werden und lassen Inflation, Arbeitslosigkeit und Einschränkung des Lebensstandards erwarten. Unüberhörbar weisen die nicht industrialisierten Staaten auf ihre Energienot hin und fordern bereits heute durch Kernenergie Entlastung von der Ölverknappung.

Länder und Regionen, die sich selbst als Entwicklungsgebiete bezeichnen, wie China, Indien, Südamerika und Südostasien, die insgesamt mehr als die Hälfte der Menschheit ausmachen, brauchen Kernenergie um so dringender, je teurer das Öl wird. Und was tun wir, deren Energieversorgung heute zu über 50 % vom Öl und sogar zu $^2/_3$, über alle Primärenergien gesehen, vom Import abhängt? Wir wissen, dass auch bei hohen Einsparungen unsere eigene Energieversorgung um das Jahr 2000 nur noch weniger als die Hälfte des Bedarfes decken kann. Wir tun jedoch so, als ob wir weiter mit Reden anstatt Handeln drohende Gefahren abwenden könnten. Die Kernenergie aber brauchen wir:

– weil sie neben der Kohle zu einer ausreichenden Energieversorgung erforderlich

– und weil sie preiswerter als alle anderen vergleichsweise einsetzbaren Primärenergien ist.

Oft ist das Argument zu hören, dass die Kernenergie viel an Forschungsmitteln gekostet hat; aber gleichgültig, wie hoch die Aufwendungen waren und es weiter sein werden, die Forschung geht sogar verstärkt weiter, die Forschungskosten kommen in wenigen Jahren wieder herein.

Nach Schätzungen der Weltenergiekonferenz muss die Kernenergie im Jahre 2020 ungefähr dreissig Prozent der Weltenergieversorgung abdecken, so dass wohl über den heimischen Markt hinaus ein zusätzlicher Markt für Kernkraftwerke entstehen dürfte. Um die Energieprobleme der Welt zu lösen, sind ja gegenwärtig nur wenige Industrieländer in der Lage, solche Werke zu bauen. Exporte derselben sollten uns in die Lage versetzen, Rohstoffe und Energien, die wir in unserem Land nicht zur Verfügung haben, einzukaufen und zu bezahlen.

Die *Genehmigungsverfahren* für A-Werke verlaufen enorm schleppend, wohl weil die *Entsorgung noch nicht gesichert* ist; dies ist das grosse Problem der Kernkraftwerke. Diese Frage dürfte jedoch innerhalb der kommenden zehn Jahre weltweit gelöst sein, und dann wird vermutlich in einer möglicherweise vom Mangel beherrschten Energiesituation wohl kaum jemand mehr verstehen, dass es früher einmal solch grosse Widerstände gegen die Kernenergie gegeben hatte.

Erwähnt werden soll doch noch, dass selbst unsere Spezialisten und Techniker über den Bau von Atomkraftwerken nicht besonders begeistert sind. Ihr Wissen und ihre Technik sprechen aber eindeutig dafür, so dass keine andere Möglichkeit bleibt, als unsere Ansichten entsprechend anzupassen und uns auf die Technik zu stützen; es bleibt eine Frage des Vertrauens in die verantwortlichen Gremien.

Willi Altura

«Finanz-Revue und Schweiz. Wirtschaftsblatt», Zürich, 7. Mai 1981

Der Kommentar

Umweltschutz in hohen Ehren. Der Glossist war schon dafür, bevor dies grosse Mode war.

Und seinerzeit froh, als die Güselgruben, die stinkenden Abfallhaufen, meist an idyllischen Waldwässerlein, aufgehoben und die Müllabfälle den Kehrichtverbrennungsanlagen überantwortet wur-

den. Aber auch hier gab's eine Kehrseite der Medaille: zum Teil sehr üble Umweltbelastung.

Wer selber im Garten (mehr als) die Küchenabfälle kompostiert, weiss auch, wie schonend damit in natürlicher Verwertung gemacht werden kann, und so wird er es auch begrüssen, dass vielerorten Gemeinden dazu übergehen, Grosskompostieranlagen zu erstellen. Im Tessin ist eine solche Anlage geplant. Deponie für die entsprechenden Abfälle aus gegen hundert Gemeinden. Klar, da wird ein grosser Haufen zusammenkommen, nicht zu jedermanns Freude. Und schon wird denn auch Sturm gelaufen gegen dieses Projekt. Eine Bürgerinitiative hat sich gebildet, die die Auffassung vertritt, dass eine Güselhalde nicht in ein Wohn- und Feriengebiet gehöre.

Sicher nicht. Vielleicht ist sie auch nicht (mitten) in ein solches Gebiet geplant. Sicher aber ist, dass es überall Widerstände dagegen gäbe, wie man es von anderen Anlagen gewohnt ist: Man will keine Verbrennungsanlagen in der Nähe, man will keine Bohrungen der Nagra auf eigenem Gebiet, Atomkraftwerke sind verpönt und so weiter. Und wenn nun weitere Wasserkraftwerke geplant sind, so erhebt sich dagegen an manchen Orten (so im Bündnerland) auch wieder heftige Opposition.

Wo sollen die Verantwortlichen was wie machen, ohne es falsch zu machen?

Wie wär's, wenn man das Übel an der Wurzel zu packen versuchte und weniger zu Abfall zu werden Verdammtes produzierte und unter die Leute brächte? Was liesse sich nicht bloss an Verpackungsmaterial einsparen! Man müsste weniger «Mischen». Kompost kommt vom «compositum» und heisst das Zusammengesetzte, Gemischte. *«Der Höngger», Zürich, 15. Mai 1981*

Centrale solaire en Suisse?

Berne (ats) – Dix entreprises industrielles suisses et deux instituts fédéraux ont constitué un consortium dans le but d'étudier la construction d'une centrale solaire suisse. Une réunion de travail a eu lieu les 25 et 26 mai dernier à Chexbres, au-dessus de Vevey. Un communiqué indique notamment que les participants au projet Sotel (centrale thermo-électrique solaire) ont présenté leurs travaux et ont discuté des points présentant des difficultés.

Un tel projet serait destiné tout autant à une implantation dans notre pays qu'à l'étranger. En effet, selon les dernières études de l'Agence internationale pour l'énergie (IEA) on considère qu'en l'an 2000 le 5% de la consommation énergétique mondiale sera obtenu au moyen de centrales solaires.

Les résultats de cette séance de travail seront communiqués cet automne aux milieux concernés. On élaborera alors un projet en vue d'une réalisation, de préférence sur territoire suisse.

On y pense depuis longtemps

Depuis qu'une étude a été réalisée pour la commission fédérale pour une conception globale de l'énergie (CGE) en 1976, la réalisation d'une centrale solaire suisse a été envisagée à de nombreuses reprises. Fin 1977, par exemple, le conseiller national Pedrazzini (PDC, Tessinois) avait déposé une motion pour encourager la construction d'une installation pilote. Cette motion avait été modifiée par le Conseil des Etats (projet de réalisation à la place de construction, réalisation thermosolaire ou photovoltaïque à un emplacement restant à définir) et doit encore être examinée par le Conseil national.

Le soleil du Weissfluhjoch

Encouragés par l'étude de la CGE et par la motion Pedrazzini, des essais d'abords modestes, puis plus importants, ont été effectués sur le fonctionnement et le comportement des miroirs pour centrale solaire (Héliostat).

Ceux-ci ont été testés dans des conditions difficiles, en hiver, au Weissfluhjoch, au-dessus de Davos. Les essais ont été concluants. C'est donc sur cette base, et celle des études effectuées en parallèle par onze entreprises privées et trois instituts fédéraux, sous la direction de l'Institut fédéral de recherches en matière de réacteurs, qu'on a décidé de poursuivre les travaux en vue de la construction d'une telle centrale. *«La Suisse», Genève, le 29 mai 1981*

Que la défaite est amère ...

Les opposants aux centrales nucléaires avaient décidé d'employer tous les moyens offerts par notre ordre démocratie afin d'empêcher la mise en service de la centrale nucléaire de Gösgen. Les dixhuit oppositions formulées ont été, dans leur grande majorité, rejetées. C'est avec plus que du regret ou de la déception que leurs rédacteurs ont pris connaissance des motifs du Conseil fédéral, ce qui est compréhensible. Une défaite dans un domaine pour lequel on a dépensé toutes ses forces n'est jamais agréable. La façon dont ils expriment leur mécontentement est toutefois contestable, car ce n'est pas en traitant les explications du Conseil fédéral de grotesques, diaboliques ou manipulées par un «lobby atomique» que les opposants arriveront à faire la preuve du bien-fondé de leurs hypothèses.

Il est indéniable que certaines contradictions existent dans l'argumentation du Conseil fédéral. C'est peut-être bon car celui-ci, en refusant de se plier au seul monologue des techniciens en physique nucléaire, joue à fond son rôle d'autorité politique. De plus, les rapports d'experts ont toujours été critiqués par l'une ou l'autre des parties en cause.

Quant au prix à payer pour ces oppositions, est-il vraiment trop élevé? Oui et non. Sur le principe, il est regrettable que la Confédération fasse supporter les frais de ses investigations aux plaignants, suite à une décision démocratique. Mais en pratique, ce système évite la prolifération de plaintes identiques dans un domaine où l'on doit agir rapidement et logiquement et éviter que tous les citoyens paient, par leurs impôts, les enquêtes demandées par une très petite minorité de gens. Ce n'est donc pas la meilleure solution, convenons-en, mais seulement la moins mauvaise. *Dominique Reymond*

«Le Démocrate», Delémont, le 21 mai 1981

Inbetriebnahme in zwei Jahren

sda. Bei der Kernkraftwerk Leibstadt AG rechnet man damit, dass das seit 1973 im Bau befindliche Werk im aargauischen Leibstadt im Jahre 1983 in Betrieb genommen werden kann. Diesen Termin habe man gesetzt, nachdem in den vergangenen Jahren erhebliche und kostspielige Verzögerungen eingetreten seien und mit einer weiteren Verlängerung der Erstellungszeit habe gerechnet werden müssen, heisst es im neusten Geschäftsbericht der Gesellschaft. Vor einem Jahr nannte der Bericht noch 1982 als Produktionsbeginn.

Von den gesamten prognostizierten Kosten (gerechnet auf der Preisbasis 1981) von rund 3,7 Mrd. Franken sind bisher 2,52 Mrd. Franken verbaut worden. Nachdem im Vorjahr die Rohbauarbeiten im wesentlichen hatten abgeschlossen werden können, setzten 1980 in grossem Umfang die Montagearbeiten ein. Im schlüsselfertig vergebenen Los entstanden Termin-Engpässe, die auf den erheblich grösseren Zeitaufwand für die Detailprojektierung und für die Fertigung sowie die Montage verschiedener Systeme zurückzuführen sind. Dazu trugen die strengeren und zum Teil neuartigen Forderungen der Sicherheitsbehörden bei.

Die Instandstellungsarbeiten am Generatorstator, der im November auf dem Transport zur Baustelle beschädigt worden ist, haben laut Geschäftsbericht keine Auswirkungen auf den Inbetriebnahmetermin des Werks. Im Berichtsjahr waren auf der Baustelle zwischen 1000 und 1200 Personen beschäftigt.

Die abgeschlossenen Verträge für die Lieferung für Natur-Uran, die Anreicherungsdienste und die Herstellung der Brennelemente stellen die Brennstoffversorgung des Kernkraftwerks bis Ende der achtziger Jahre sicher. Die Brennelemente für die erste Kernladung sind fertiggestellt. *«Vaterland», Luzern, 10. Juni 1981*